

Antrag

der Abgeordneten Mag.^a Indra Collini gemäß § 32 LGO 2001

betreffend: **"5-Punkte-Plan für saubere Politik in NÖ- 4. Vorschlagsrecht bei Postenbesetzungen"**

Der aktuelle Corruption Perceptions Index (CPI) 2021, den Transparency International zuletzt präsentierte zeigt, dass Österreich innerhalb dieses Rankings wiederum zwei Punkte verliert. Damit erhält Österreich insgesamt nur noch 74 von 100 Punkten (im Vorjahr waren es noch 76 Punkte und vor zwei Jahren 77 Punkte) und fährt damit das schlechteste Ergebnis seit 2014 ein.

"Die ernststen Anschuldigungen und Skandale auf höchster politischer Ebene stellen ein großes Problem für das Vertrauen der Bevölkerung in die Demokratie dar. Pauschale Angriffe von Politikern gegen die Justiz und Ermittlungsbehörden sind inakzeptabel", sagte Profⁱⁿ Eva Geiblinger von Transparency International am 25.01.2022 im Ö1-Morgenjournal.

Als logische Auswirkung solcher Entwicklungen nimmt die Politikverdrossenheit der Bevölkerung zu, das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik sinkt in erschreckendem Ausmaß, wie auch der periodisch aktualisierte OGM-Vertrauensindex eindringlich vor Augen führt.

Als Konsequenz wendet sich die Bevölkerung von ihren politischen Vertretern ab und das zu recht, wenn man die Entwicklungen der jüngsten und mittleren Vergangenheit betrachtet. Kaum eine Woche vergeht, in der keine neuen Fälle von Korruption, Freunderlwirtschaft und Machtmissbrauch sichtbar werden: Ibiza-Video, Schmid-Chatprotokolle, BMI-Chats, Postenbesetzungen in staats- und landesnahen Betrieben, verpfuschte Impfstrategie und Corona-Chaos, Auskunftspersonen in Untersuchungsausschüssen, die sich an nichts erinnern können, ungünstige Nachrichten und sexuell motivierte Bilder auf steuergeldfinanzierten Diensthandys, Auftragsvergaben an Parteigänger_innen und Regierungsentscheidungen hinter verschlossenen Türen - das ist das Bild, mit dem (nieder-)österreichische Innenpolitik zur Zeit oftmals verknüpft wird.

Wenn wir wirklich wollen, dass die Menschen Politiker_innen wieder ernst nehmen, Vertrauen in das politische System haben und wieder an eine liberale, lebendige Demokratie glauben, brauchen wir große, einschneidende und klare Maßnahmen.

Die Gefertigte stellt daher den

Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert sicherzustellen, dass

- ein Vorschlagsrecht für Besetzungen von Spitzenpositionen in der NÖ-Verwaltung und in Landesbeteiligungen für alle im Landtag vertretenen Parteien vorgesehen wird."

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem Rechts- und Verfassungs-Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen.

